

Niederschrift

**über die Sitzung des
Sitzungskennziffer:**

**Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt
XVI / 20**

Tag der Sitzung:

Donnerstag, 20.10.2011

Ort der Sitzung

Rathaus, kl. Sitzungssaal Zi 143

Dauer:

18:00 Uhr bis 19.40 Uhr

Unterbrechungen:

keine

Anwesende:

sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz:

Herr Hansen

Schriftführerin:

Frau Janus-Braun



Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Hansen, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung und stellt sodann die Beschlussfähigkeit fest.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Er stellt weiter fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Der Leiter Fachbereich 1, Herr Pickhardt, bitte die Tagesordnung um folgenden Punkt zu erweitern:

Erteilung von Befreiungen gem. § 31 (2) BauGB

3.4 Errichtung einer Photovoltaik-Freianlage, Flämischer Ring

Hierfür wäre sonst die Genehmigung im Rahmen einer dringlichen Entscheidung erforderlich. Diesem Vorschlag schließt sich der Ausschuss einmütig an, so dass die Tagesordnung einstimmig wie folgt abgewickelt wird:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)
2. StädteRegionales Projekt "Heimat 2035";
hier: mündlicher Vortrag der "Aachener Stiftung Kathy Beys"
3. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) und (2) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;

Genehmigungsverfahren nach § 16 BImSchG

- 3.1 Änderung der Schmelzanlage (Austausch Elektrofilter, Zusammenlegung von zwei Schmelzöfen, Erhöhung der Schmelzleistung von 42 auf 53t/d):
hier: Hamicher Weg 18-22

Erteilung von Befreiungen gem. § 35 (2) BauGB - Außenbereichsvorhaben

- 3.2 Errichtung von zwei Unterstellplätzen als Funktionsgebäude für die Hundeausbildung;
hier: Süssendell

Vorhaben gem. § 14 II, III BauGB - Ausnahme von der Veränderungssperre

- 3.3 Errichtung eines Pfandraumes und Erweiterung der Lagerflächen;
hier: Eisenbahnstraße

Erteilung von Befreiungen gem. § 31 (2) BauGB

- 3.4 Errichtung einer Photovoltaik-Freianlage, Flämischer Ring
4. Umgang mit Anträgen bzgl. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Grundsatz
5. Bebauungsplan Nr. 68 "Brockenberg", 2. Änderung;
hier: Entscheidung über die Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung
6. Verkehrssicherung auf der Ortsdurchfahrt der L 12 in Bereinig und Breinigerberg - Weiterbehandlung von Maßnahmen
7. Beschlusskontrolle;
hier: Informationsvorlage
8. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)

Es wurden keine Fragen an den Vorsitzenden, Herrn Hansen, bzw. die Verwaltung gestellt.

ASVU 15.09.2011

Anfrage von Herrn Wagemann

Stellungnahme der Verwaltung ist der Niederschrift als Anlage 2) beigefügt.

Anfrage der Eheleute Maleika

Die Eheleute Maleika wurden von der Verwaltung zum erbetenen Gespräch eingeladen. Durch abgestimmte Modifikation am Bauentwurf der WoGe konnte eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden werden.

2. StädteRegionales Projekt "Heimat 2035":

hier: mündlicher Vortrag der "Aachener Stiftung Kathy Beys"

Hierzu begrüßt der Vorsitzende, Herr Hansen, Frau Sachsen, von der Kathy Beys Stiftung, die die der Niederschrift als Anlage 3) beigefügte Präsentation vorträgt. Darüber hinaus wurde den Ausschussmitgliedern die Broschüre "heimat2035 - Zukunft, Szenarien, 3Länderregion Aachen" ausgehändigt.

Nach deren Vortrag ergänzt der Leiter Fachbereich 1, Herr Pickhardt, dass es sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt um einen sehr abstrakten Prozess handle. Hiermit dem müsse man sich jedoch langfristig auseinander setzen. Es gehe dabei nicht um "räumliche" Planungen, sondern um die Einbringung von Ideen für das künftige Zusammenleben. Zur Stunde läge die Projektschwäche leider an der Tatsache, dass sich nur ganz wenige damit beschäftigen würden.

Für die CDU-Fraktion bedankt sich RM Kirch für den interessanten Vortrag. Seine Fraktion wolle sich ausdrücklich mit der Zukunft beschäftigen. Er rege daher an, den Vortrag heute nicht "nur zur Kenntnis zu nehmen", sondern - heruntergebrochen auf Stolberg - Arbeitsgruppen oder -kreise einzurichten, in denen Ideen vorgebracht und mit Hilfe der Stiftung und der Verwaltung weiterentwickelt werden können. Leider habe ein entsprechender Antrag seiner Fraktion zur planerischen Zukunft Stolbergs im Rat keine Mehrheit gefunden.

Für die SPD-Fraktion sieht RM Engels aufgrund der komplexen und wenig greifbaren Materie ebenfalls die Notwendigkeit gegeben, sich über die gestalterische Zukunft und dem sich ändernden Miteinanders auseinander setzen zu müssen. Sich nur auf die Entwicklung möglicher Szenarien zu beschränken sei ihm aber zu abstrakt. Er sehe in dem Kontext vielmehr die Notwendigkeit, dass mit Zukunftsszenarien zwingend auch eine Entwicklungsplanung einhergehe.

Für die Grünen begrüßt Ratsfrau Krings, dass überhaupt ein Leuchtturmprojekt angestoßen wurde. Für die Zukunft erscheine ihr der Begriff Gerechtigkeit und das Zusammenhalten der Menschen eine immense Herausforderung.

Ausschussmitglied Hennig, CDU, nimmt aus dem Vortrag die Botschaft mit, dass es um die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Säule (um das Miteinander kümmern) und wirtschaftlichen Säule (um Arbeitsplätze kümmern) gehe.

Da er die heute verteilte Broschüre erst lesen müsse, sieht Ausschussmitglied Blau, CDU, nach dem Vortrag die Notwendigkeit gegeben, einen "unbelasteten" Treiber und "unpolitischen" Sponsor für die Weiterverfolgung des wichtigen Projektes zu suchen.

Der Vorsitzende, Herr Hansen, sieht den Begriff "Heimat 2035" aufgrund der momentanen Unstimmigkeiten auf StädteRegionsebene derzeit auf Stolberg fokussiert. Bevor man daher in die Region gehe, müsse man sich zunächst vor Ort über die Zukunft Gedanken machen. Vor diesem Hintergrund schlage er vor, dass der Ausschuss den Vortrag zu Kenntnis nehme und die Verwaltung mit der Einberufung einer Arbeitsgruppe beauftrage.

Hierzu erbittet Herr Pickhardt, FB 1, die Unterstützung der Kathy Beys Stiftung, welche von Frau Sachsen zugesagt wird.

Herr Pickhardt stellt sich eine Art Gesprächsrunde mit festen Mitgliedern und ggf. thematisch eingeladenen Gästen vor, die sich losgelöst von den Sachzwängen des "Tagesgeschäfts" mit der Zukunft - in verschiedene Themenbereichen (nicht nur "Stadtentwicklung") - auseinandersetzen. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, dass dies insbesondere für Entscheidungsträger ein hervorragendes Instrument sei, das sich im Wege der Bewusstseinsbildung positiv auf strategische Entscheidungen auswirken könne, auch wenn keine konkreten "Masterpläne" o.ä. dabei entwickelt würden.

Nachtrag der Verwaltung:

Die Arbeitsgruppe / Gesprächsrunde soll sich am 25.01.2012, voraussichtlich 18 Uhr im Restaurant "Gut Schwarzenbruch", erstmals treffen. Die Kathy-Beys-Stiftung, wahrscheinlich vertreten durch den Vorstand Herrn Baldin und ggf. einem weiteren Projektleiter, wird zur Verfügung stehen, um einerseits das Projekt nochmals im Detail zu erklären und andererseits Hilfestellung zu geben, wie die Beschäftigung mit der Zukunft aussehen kann. Um die Runde nicht zu groß werden zu lassen, empfiehlt die Verwaltung, dass max. 2 Mitglieder je Fraktion sowie einige Mitglieder der Verwaltung (FB 1, 2, 3) teilnehmen. Im Detail kann dies in der nächsten Sitzung des ASVU besprochen werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den Vortrag der Kathy Beys Stiftung einmütig zu Kenntnis und beauftragt die Verwaltung einstimmig, eine Arbeitsgruppe einzurichten.

3. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) und (2) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist:

Genehmigungsverfahren nach § 16 BImSchG

- 3.1 Änderung der Schmelzanlage (Austausch Elektrofilter, Zusammenlegung von zwei Schmelzöfen, Erhöhung der Schmelzleistung von 42 auf 53t/d):
hier: Hamicher Weg 18-22

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

Erteilung von Befreiungen gem. § 35 (2) BauGB - Außenbereichsvorhaben

3.2 Errichtung von zwei Unterstellplätzen als Funktionsgebäude für die Hundeausbildung; hier: Süssendell

RM Kirch, CDU, bittet, in den Vorlagen neben den Naturschutz- auch die Wasserschutzgebiete aufzuführen. Dies wird von der Verwaltung zugesagt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

Vorhaben gem. § 14 II, III BauGB - Ausnahme von der Veränderungssperre

3.3 Errichtung eines Pfandraumes und Erweiterung der Lagerflächen; hier: Eisenbahnstraße

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

Erteilung von Befreiungen gem. § 31 (2) BauGB

3.4 Errichtung einer Photovoltaik-Freianlage, Flämischer Ring

Die Vorlage wurde den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage ausgehändigt und ist der Niederschrift als Anlage 4) beigefügt. Herr Pickhardt, FB 1, erläutert zunächst die Maßnahme und Lage und Dimension der Freifläche im Gewerbegebiet Camp Astrid, die in naher Zukunft mit Solarmodulen bestückt werden sollte. Hier werde der weltgrößte Fachverlag im Bereich Solarstromgewinnung, die Aachener Photon mit der Aachener Photon Power AG in die Zukunftstechnologie investieren und dort u.a. aus wissenschaftlichen Gründen auch von der klassischen Ausrichtung der Solarpaneele abweichen und die Ausbeute einer Ost-West-Ausrichtung untersuchen.

Die Herren Engels, SPD, und Kirch, CDU, begrüßen ausdrücklich den Einstieg in die Freilandanlage und die damit verbundene Imageverbesserung für das Gewerbegebiet Camp Astrid. Mit der heutigen Zustimmung fasse der Ausschuss einen Grundsatzbeschluss für die gesamten von Herrn Pickhardt aufgezeigten Flächen des Gewerbegebiets, die von Photon genutzt werden sollen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme für das gesamte Areal am Flämischen Ring zuzustimmen.

4. Umgang mit Anträgen bzgl. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Grundsatz

Die Herren Engels, SPD, und Kirch, CDU, bedanken sich bei der Verwaltung für die hervorragende Vorlage und sprechen sich jeweils für den Beschlussvorschlag aus.

Beschluss:

Der ASVU beschließt einstimmig, die im Sachverhalt unter den Nummern 1 - 4 vorgeschlagenen Grundsätze bei der Behandlung von Anträgen auf Verkehrsberuhigungsmaßnahmen künftig anzuwenden.

5. Bebauungsplan Nr. 68 "Brockenberg", 2. Änderung;
hier: Entscheidung über die Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung
gem. § 3 Abs. 2 BauGB
Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung

RM Kirch, CDU, erkundigt sich nach der zeitlichen Planung für den Kinderspielplatz.
Die Verwaltung sagt die Beantwortung bis zur Sitzung des HA / Rates zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat wie folgt zu beschließen:

A.1 Der Anregung der Anwohner Heketweg wird gefolgt. Der Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 68 wird um die Flurstücke 302 und 303 erweitert. Der erweiterte Geltungsbereich ist Grundlage der weiteren Planung.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

A.2 Die Anregung der Anwohner Gallierweg und die Ausführungen der Verwaltung bezüglich Verschiebung der Fläche für Garagen werden zur Kenntnis genommen. Auf die Festsetzung einer Fläche für Garagen auf dem Flurstück 430 wird zugunsten der Festsetzung einer Fläche für Stellplätze verzichtet.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

A.3 Das Anliegen der Anwohner Gallierweg bezüglich Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Garage auf dem Flurstück 432 wird zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

A.4 Die Ausführungen bezügl. Stellplätzen Eburonenweg werden zur Kenntnis genommen. Das Anliegen des Anwohners Schmitzacker bezüglich Flächenankauf wird zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

A.5 Die Ausführungen zu den Anregungen des Anwohners Höhenkreuzweg werden zur Kenntnis genommen. Die Aufnahme der Flurstücke 46 und 34 in den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 68 zwecks Festsetzung zusätzlicher überbaubarer Flächen wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

B.1 Der Sachverhalt bezüglich der Schwermetallgehalte wird zur Kenntnis genommen. Den Empfehlungen des Gutachters wird gefolgt. Die Bedenken der StädteRegion Aachen, Bereich Bodenschutz / Altlasten, sind ausgeräumt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

- B.2 Der Hinweis der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung Bergbau und Energie und die Ausführungen zu den bergbaulichen Verhältnissen werden zur Kenntnis genommen. Den Empfehlungen des Gutachters wird gefolgt. Bedenken bezüglich potentieller Einwirkungen durch bergbauliche Hinterlassenschaften sind ausgeräumt.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- B.3 Der Hinweis des Geologischen Dienstes wird zur Kenntnis genommen. Bedenken bezüglich der Störungszone sind ausgeräumt.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- B.4 Der Hinweis des KBD bezüglich Meldepflicht wird zur Kenntnis genommen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- B.5 Die Informationen des RWE bezüglich Freileitung und Schutzstreifen werden zur Kenntnis genommen. Die Plangrundlage wird entsprechend ergänzt.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- C. Den Hinweisen und Änderungen der Festsetzungen und der Anregung bezüglich des Kinderspielplatzes wird gefolgt. Die geänderte Planung ist Grundlage für das weitere Verfahren.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- D. Sofern den Einzelbeschlussvorschlägen gefolgt wird, empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt dem Hauptausschuss / Rat, den überarbeiteten Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 68 "Brockenberg" anzunehmen und für diesen gem. § 4a Abs. 3 BauGB die erneute öffentliche Auslegung anzuordnen. Stellungnahmen können nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**

6. Verkehrssicherung auf der Ortsdurchfahrt der L 12 in Breinig und Breinigerberg - Weiterbehandlung von Maßnahmen

Für die SPD-Fraktion unterstützt RM Engels die vorgeschlagenen Maßnahmen als einen ersten Einstieg in Verkehrssicherungsmaßnahmen. An die Verwaltung richtet er die Bitte, in sechs Monaten einen ersten Erfahrungsbericht vorzulegen. Dies wird von der Verwaltung zugesagt.

Er beklagt, dass an dem eigentlichen Problem, der Ortsdurchfahrt Breinig, noch nichts geschehen sei. Dies sei für alle Fraktionen ein Wermutstropfen. Aber es handele sich nun einmal um eine übergeordnete Straße. Die vielen unterschiedlichen Fraktionsanträge der letzten 10 Jahre hätten die Notwendigkeit immer wieder aufgezeigt.

Der ortsansässige Ratsvertreter, Herr Creyels, bittet, weiterhin an der Forderung einer Messanlage festzuhalten. Er begrüßt, dass in der Wilhelm-Pitz-Straße etwas getan werden konnte. Bezogen auf die Straße Auf der Heide und Raiffeisenstraße schließe er sich der Verwaltungsmeinung an. Er bitte allerdings, an der bisherigen Parkregelung festzuhalten. Die Testphase in der Rektor-Kranzhoff-Straße begrüße er. Wünschenswert sei eine Parkregelung in der Straße Breiniger Berg.

Herr Pickhardt, FB 1, führt aus, dass es sich bei dem Verwaltungsvorschlag sicherlich nicht um eine Optimallösung im Sinne der Anwohner handele. Ein Anfang sei gemacht.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Ausführungen der Verwaltung im Sachverhalt zu der Weiterbehandlung der Maßnahmen zur Verkehrssicherheit auf der Ortsdurchfahrt der L 12 in Breinig und Breinigerberg einmütig zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen wie unter Punkt 1 bis 4 beschrieben. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, dem ASVU in 6 Monaten einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

7. Beschlusskontrolle; —
hier: Informationsvorlage

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Informationsvorlage bezüglich der Beschlusskontrolle einmütig zur Kenntnis.

8. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

- 8.1 Herr Pickhardt, FB 1, teilt mit, dass Anliegerbeschwerden über zu wenig markierte Parkflächen in der Straße Uhlenhorst vorlägen. Im Sinne einer bürgerfreundlichen Verwaltung sei die gewünschte Erweiterung durch zusätzliche Markierungen schnell umzusetzen. Er bitte den Ausschuss ohne Vorlage um Zustimmung zur Markierung einer sog. "Maximallösung" in der Straße Uhlenhorst.
Dem Vorschlag stimmt der ASVU einstimmig zu.
- 8.2 Herr Pickhardt, FB 1, stimmt in der Sitzung mit dem Vorsitzenden, Herrn Hansen, den Termin für die Sondersitzung des ASVU am Donnerstag, dem 17.11.2011 ab. Um 15.45 Uhr trifft sich der Ausschuss im Rathausfoyer, um von dort gemeinsam den vom Beschwerdeausschuss vorgeschlagenen Ortstermin auf dem Jordansberg durchzuführen. Die Sondersitzung des ASVU startet um 17.00 Uhr im Ratssaal.
- 8.3 Der aktuelle Bericht des Fachbereichsleiters 2, Herrn Kistermann, zum Schmelbrand auf der Rhenaniahalde ist der Niederschrift als Anlage 5) beigefügt.
- 8.4 Herr Poqué, A 30/32 informiert über folgende Baustellen:
- Ortsteil Breinig siehe beiliegenden Plan: Kabelverlegung für die EWW, hiermit verbunden auch eine Vollsperrung auf der L24 Winterstraße; Dauer bis Dezember 2011 bzw. Januar 2012
 - Stielsgasse: RÜB + Kanalarbeiten, hiermit verbunden eine Vollsperrung der Straße Stielsgasse und Umleitung durch den Steinweg von Mühlenstraße bis Kortumstraße; Dauer: ca. 3 Monate, Beginn: voraussichtlich Januar/Februar 2012
- 8.5 RM Engels, SPD, regt für die Gestaltung des Stolberger Ortseingangsschildes "KUPFERSTADT" Stolberg an.

- 8.6 RM Creyels, CDU, bittet um Reparatur der mutwillig zerstörten Schranke Schomet / Zu den Maaren.

Das Ordnungsamt sagt die zügige Überprüfung zu.

- 8.7 Ausschussmitglied Bonnie, CDU, erkundigt sich nach der Dauer der Riesenbaustelle von Karlstraße bis Atsch Dreieck.

Herr Poqué, A 30/32, teilt mit, dass es sich um eine Maßnahme der Telekom handele, die voraussichtlich noch bis Mitte / Ende November dauern könne.

- 8.8 RM Engels, SPD, bittet um Ersatzbepflanzung für die beiden zerstörten Bäume in der Höhenstraße / Heidestraße (Nähe Feuerwehr).

- 8.9 RM Engels, SPD, bittet um zügige Sanierung der Bürgersteigabsackung vor dem Haus Sebastianusstraße 79.

- 8.10 Ausschussmitglied Bougé, SPD, vermisst den Energiebericht über die städtischen Liegenschaften. Er erkundigt sich, wann dieser wieder vorgelegt werde.

- 8.11 RM Kirch, CDU, bittet, die fehlende Fußgängerführung an der Baustelle Eschweilerstraße / Königsberger Straße zu gewährleisten.

Nachträgliche Mitteilung der Verwaltung:

Die Maßnahme wurde bereits ausgeführt.

- 8.12 RM Kirch, CDU, möchte wissen, warum niemand vom ASVU zum "Spatenstich" Sanierung Halde Kalichemie geladen war. Der Leiter Fachbereich 1, Herr Pickhardt, teilt mit, dass ihm das nicht bekannt sei.

- 8.13 RM Konrads, CDU, geht auf den schlechten baulichen Zustand des Haltestellenunterstandes Bernhardshammer in Fahrtrichtung Vicht ein. Er bittet, diesen in die Prioritätenliste zu Erneuerung der Unterstände aufzunehmen.

- 8.14 RM Konrads, CDU, erkundigt sich, wann die Ampelanlage Schellerweg (wurde durch Verkehrsunfall beschädigt) wieder in Betrieb genommen werde.

Nachträgliche Mitteilung der Verwaltung:

Zur Inbetriebnahme der Ampel fehlt ein Modul. Dieses ist bestellt. Der Liefertermin ist noch unbekannt.

- 8.15 RM Konrads, CDU, bittet die Verwaltung, dass die Polizei im Rahmen der Ordnungspartnerschaft vor Allerheiligen intensiver Streife im Bereich der Stolberger Friedhöfe fahren möge.

Die Verwaltung sichert eine diesbezügliche Abstimmung mit der Polizei zu.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss der Vorsitzende, Herr Hansen, die Sitzung um 19.40 Uhr mit den besten Wünschen für die anstehende Ferienzeit.


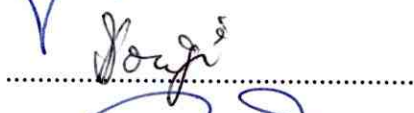



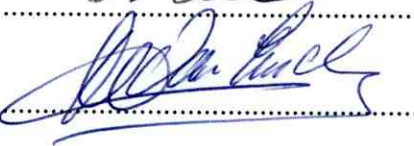







Josef Hansen
Vorsitzender

Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

- Anlage 1) Anwesenheitsliste
- Anlage 2) Stellungnahme der Verwaltung zu TOP A) 1.
- Anlage 3) Vortrag der Kathy Beys Stiftung zu TOP A) 2.
- Anlage 4) Tischvorlage zu TOP A) 3.4.
- Anlage 5) Mitteilung zu TOP A) 8.3
- Anlage 6) Plan zu TOP A) 8.4
- Anlage 7) Mitteilung zu TOP B) 1.1

zur Niederschrift über die Sitzung des **Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt**Sitzungskennziffer: **XVI/ 20**Tag der Sitzung: **Donnerstag, 20.10.2011**Sitzung: **Stolberg, Rathaus Zi. 143**Dauer der Sitzung: **18.00h bis 19.40 h**Unterbrechungen: **Keine**

lfd.Nr.	Name	Stellvertreter	Unterschrift
SPD-Fraktion			
1.)	Hansen, Josef (Vorsitzender)	Kaußen, Paul Heinz	
2.)	Bougé, Karl-Josef (sk. B.)		
3.)	Engels, Rolf	Nießen, Hildegard	
4.)	Jussen, Peter (1. stv. Vors.)	Steg, Hildegard	
5.)	Müller, Wolfgang (sk. B.)	Reitze, Jochem (sk. B.)	
6.)	van Emelen, Harry (sk. B.)	Wolf, Dieter	
CDU-Fraktion			
7.)	Blau, Albert (sk. B.)	Schmitz, Wolfgang (sk. B.)	
8.)	Bonnie, Rainer (sk. B.)	Weber, Wolfgang (sk. B.)	
9.)	Creyels, Bernhard	Berghausen, Klaus	
10.)	<u>Hennig, Martin</u> (sk. B.)	Grüttemeier, Gerd (sk. B.)	
11.)	Kirch, Paul (2. stv. Vors.)	Pietz, Siegfried	
12.)	Konrads, Adolf	Matheis, Kunibert	
F.D.P.-Fraktion			
13.)	El-Deib, Khaled (sk. B.) Rolf van de Brück	Bins, Hubert (sk. B.)	

Bündnis 90/Die Grünen

14.) Krings, Katharina ~~Ingermann, Dr. Josef (sk.B.)~~ *Kath. Krings*

Fraktion Die LINKE

15.) ~~Prüßler, Mathias~~ Jilk, Anita *Jilk A*

Sachkundige Einwohner: (nur beratend)

16.) Metzen, Josef Flamm, Günter

Es fehlen (entschuldigt oder unentschuldigt):

- 1.) *Hr. Metzen*
- 2.)
- 3.)
- 4.)

Teilnehmer der Verwaltung:

- 1.) *A. Pollock* FB1 10.)
- 2.) *W. G. ...* FB2 11.)
- 3.) *W. B.* 4/10 12.)
- 4.) *P. G. ...* AG1 13.)
- 5.) *M. ...* AG1 14.)
- 6.) *G. K.* AG3 15.)
- 7.) *D. ...* AG1 16.)
- 8.) *C. ...* AG2 17.)
- 9.) 18.)

Anlage 2)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 15.09.2011

Anfrage von Herrn Wagemann, Mathiasschacht 22, 52222 Stolberg

Vor den auf der nordöstlichen Straßenseite der Hans-Böckler-Straße errichteten Garagen befindet sich kein von der Stadt angelegter Gehweg. Die vor den Garagen gelegenen befestigten Flächen gehören zu den Anliegergrundstücken. Sofern das dort anfallende Niederschlagswasser in den städtischen Kanal gelangt, ist die entsprechende Niederschlagswassergebühr zu entrichten.

J.A. Mund

Am Lage 4)

Stadt Stolberg (Rhld.)

öffentlich

nichtöffentlich

Amt / Aktenzeichen

Datum: 20.10.11

Fb 1 / 61-bs

Trindivorlage

VORLAGE

~~-Dringlichkeitsentscheidung-~~



für die Sitzung des

Ausschuß für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt

am

~~17.11.2011~~ *20.10.11*

Tagesordnungspunkt Nr.

NEU: 3.4

Betreff

Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;
hier: Erteilung von Befreiungen von Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 128 gem. § 31 (2) BauGB

a) Antragsgegenstand

Bauvoranfrage Bauantrag

Vorhaben: Errichtung einer Photovoltaik-Freilandanlage

Straße/Nr.: Flämischer Ring

Gemarkung: Stolberg, Flur 32, Flurstück 123

Anlagen:

Übersichtsplan/Lageplan: 2, Ausschnitt B-Plan 128

b) Planungsrechtliche Beurteilung

- hier: 1) Befreiung von der seitlichen Baugrenze um 11,94 m, um 14,03 m und mit einer Ecke um $23,46 \times 7,22 \times 0,5 = 84,68 \text{ m}^2$, sowie im Bereich der Baugrenzen an der Straße mit Wendehammer, diese ist noch nicht hergestellt.
- 2) Befreiung von der textlichen Festsetzung unter Punkt 13: Erhaltung von Bäumen der Kategorie 1.

Stellungnahme Planungsamt:

Das Bauvorhaben befindet sich im Bebauungsplan Nr. 128, rechtsverbindlich seit Juni 2004. Bei dem Vorhaben handelt es sich um die flächendeckende Anordnung einer Photovoltaikanlage im Bereich des o.a. Bebauungsplanes. Die Baumaßnahme ist temporär (20 Jahre) geplant. Es ist jederzeitiges beiderseitiges Kündigungsrecht vereinbart.

Die Wirtschaftlichkeit eines jeden Projektes in der PV-Industrie basiert auf dem Vergütungsanspruch für regenerative Energien aus dem Erneuerbaren Energien Gesetz (zuletzt geändert am 12.04.2011).

Die Vergütungssätze für sämtliche PV-Anlagen (Freiland-Anlagen wie auch Dach-Anlagen) werden gemäß EEG zum 01.01.2012 um ca. 20 % gekürzt, abhängig von der installierten Gesamtleistung im Jahr 2011. Anspruch auf den aktuellen Vergütungsanspruch besitzt nur derjenige, der bis zum 31.12.2011 den Stromgenerator installiert hat. Dies bedeutet im Konkreten für das geplante Bauvorhaben CA1+CA4, dass die PV-Module auf der Unterkonstruktion installiert und miteinander verbunden sein müssen. Es muss kein Anschluss ans öffentliche Netz bestehen. Eine Aussage über die Wirtschaftlichkeit lässt sich somit leicht treffen. Die Fertigstellung der Anlage nach dem 31.12.2011 würde ein Verlustgeschäft bedeuten.

Das geplante Vorhaben steht und fällt somit mit dem Zeitpunkt der Fertigstellung. Um die Fertigstellung bis zum 31.12.2011 zu garantieren, muss der Baubeginn in der KW 44 liegen.

Falls der Baubeginn auf einen späteren Zeitpunkt auf Grund fehlender Genehmigungen verschoben werden muss, wird der Antragsteller von diesem Projekt Abstand nehmen. Der Kauf der Flächen durch den Antragsteller würde somit nicht stattfinden.

Das Bauvorhaben ist städtebaulich vertretbar. Die Abweichungen sind auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar. Die nächste Sitzung des ASVU kann aus den genannten Gründen nicht abgewartet werden. Die beantragte Dringlichkeitsentscheidung wird seitens der Verwaltung befürwortet.

Es besteht Rechtsanspruch auf Erteilung der Genehmigung, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

- Die Verwaltung empfiehlt, der planungsrechtlichen Stellungnahme, zuzustimmen.
- durch Herbeiführung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 (2) Satz 1+2 GO NW, weil für die bauaufsichtliche Entscheidung über das Bauvorhaben die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nicht abgewartet werden sollte.

e) **Beschlußvorschlag:**

- Der Bürgermeister und ein Ratsmitglied beschließen:

Im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung wird der **vorstehenden planungsrechtlichen Stellungnahme** entsprechend der Verwaltungsvorlage gem. § 60(2) Satz 1+2 GO NW zugestimmt. Diese Dringlichkeitsentscheidung ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt in seiner Sitzung zur Bestätigung vorzulegen.



Bürgermeister

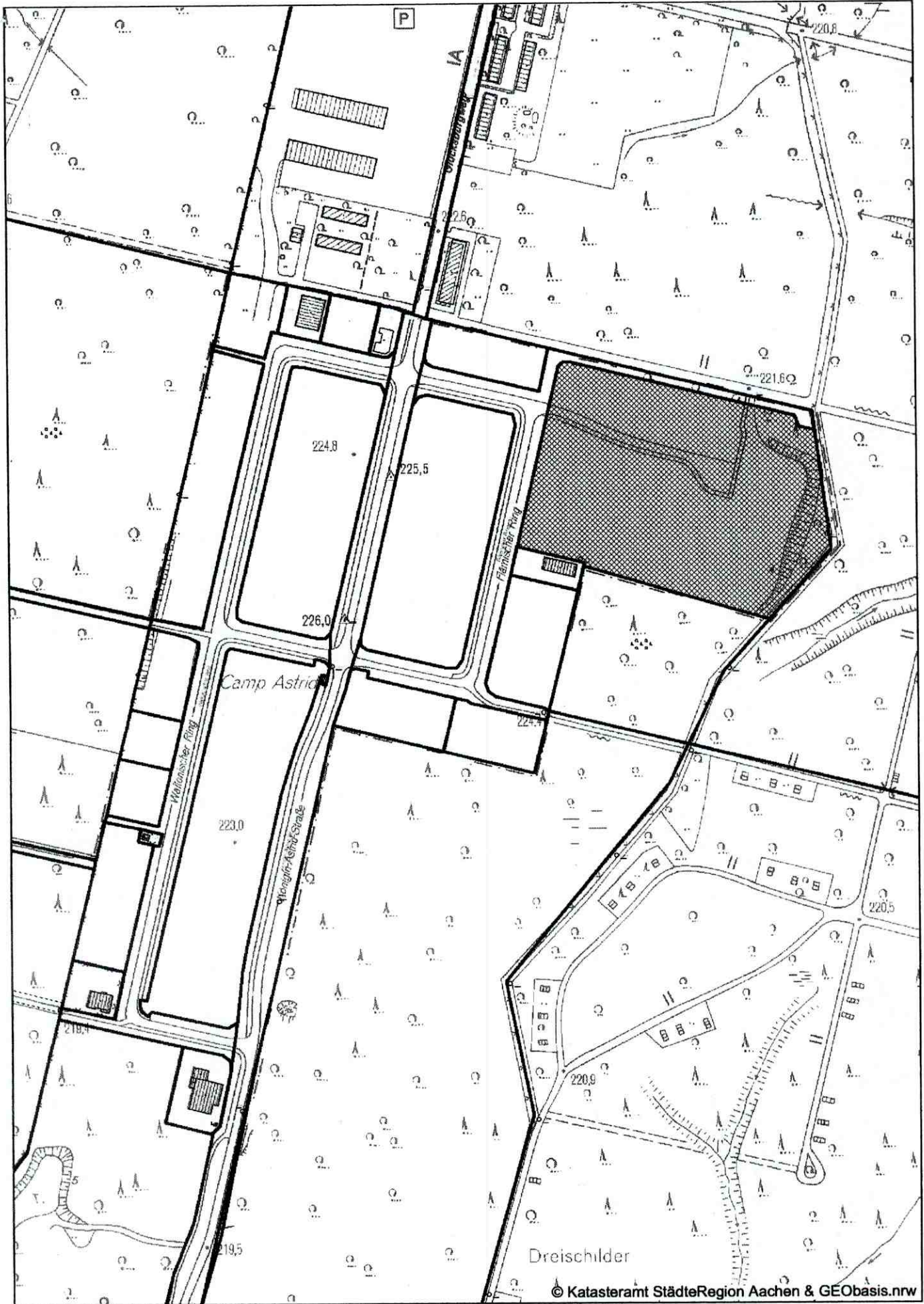
Ratsmitglied

- Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt bestätigt die vorgenannte Dringlichkeitsentscheidung,
- Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

i. A.



A. Pickhardt
Leiter Fachbereich 1



0 m 160 m

Für den dienstlichen Gebrauch - Maßstab gilt nur bei Druck ohne Seitenanpassung.

© Katasteramt StädteRegion Aachen & GEObasis.nrw

baulicher Lageplan

Auftragsnr.: 11-124

Gemessen am: 13.10.2011

Projekt:
Camp Astrid
Solarmodulfeld 1

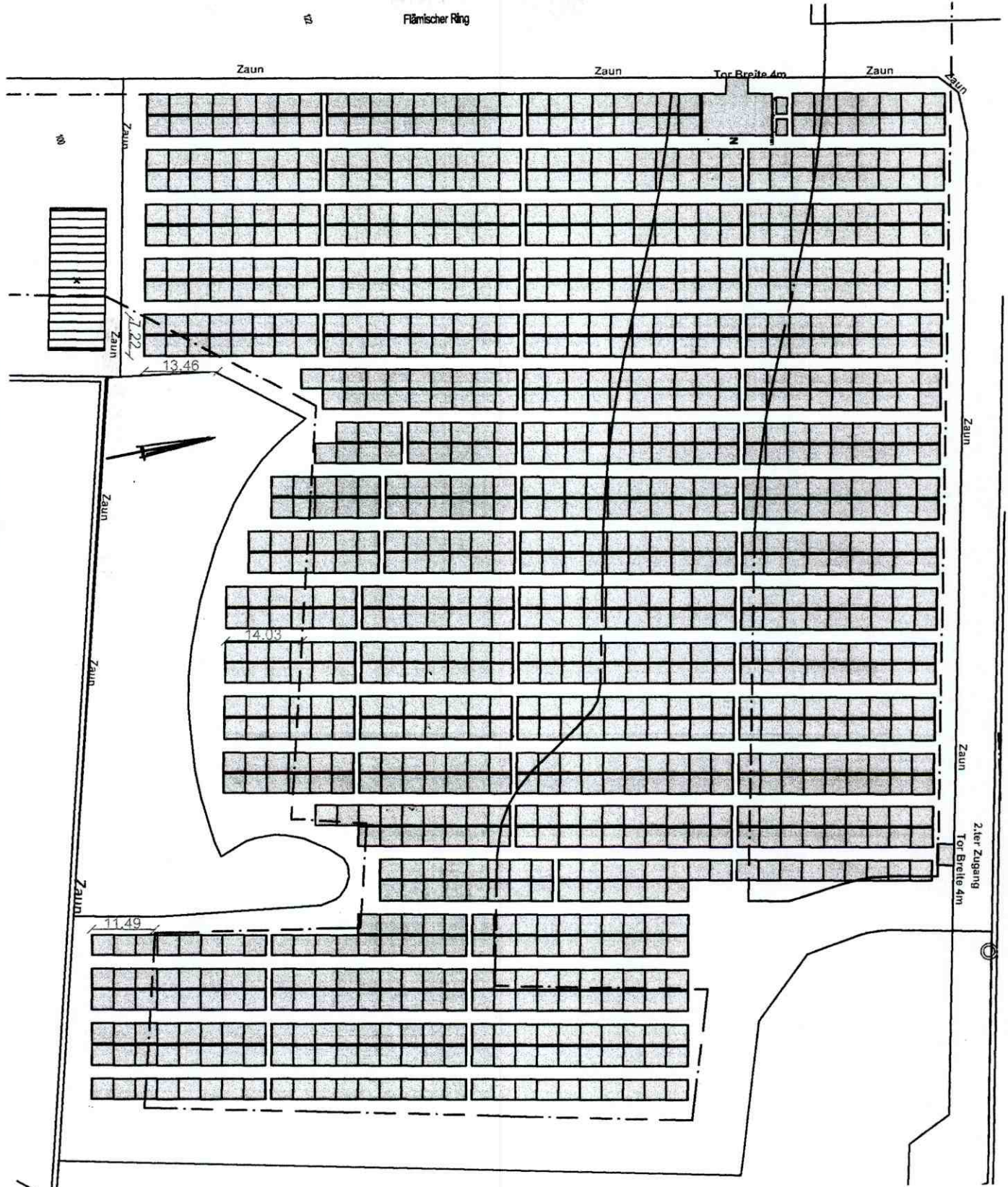
erstellt am: 20.10.2011

Maßstab 1:1000

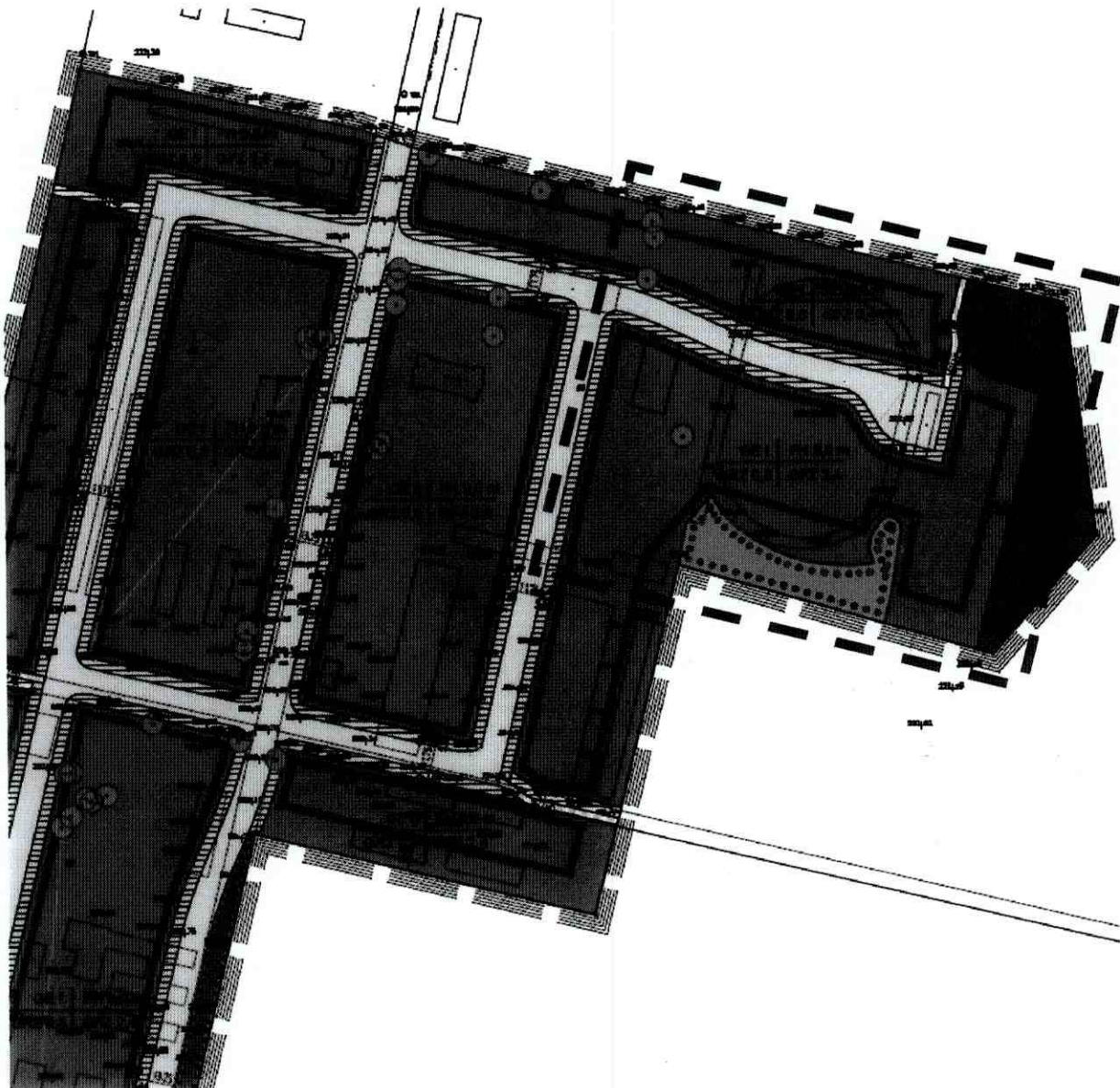
Gemarkung: Stolberg
Flur: 32
Flurstück: 123

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur
52070 Aachen
Tel.: 0241 / Fax 0241

Datei: baulicher_Lageplan.dwg



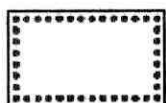
Ausschnitt B-Plan Nr. 128:



13. Maßnahmen und Flächen zum Schutz und Pflege von Natur und Landschaft



Flächen für Massnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur u. Landschaft



Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (Gehölze Kategorie 1)



Erhaltung: Bäume Kategorie 1



Erhaltung: Bäume Kategorie 2

Am Lage 5)

ASVU -Sitzung am 20.10.2011

Öffentlicher Teil - Mitteilungen der Verwaltung

Schwelbrand in der Akkuschrott-Deponie der Berzelius Stolberg GmbH

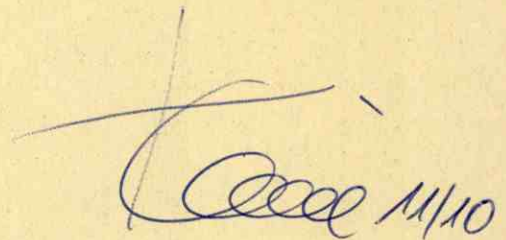
Mit Schreiben vom 30.09.2011 hat die Berzelius Stolberg GmbH der Verwaltung den Sachstandsbericht der Prof. Hartung & Partner Ingenieurgesellschaft mbH, Hannover, vom 30.06.2011 zum Schwelbrand in der stillgelegten Deponie vorgelegt.

Danach befinden sich in der Deponie weiterhin 3 Schwelprozesse. Der Analytik und der gemessenen Temperaturen zufolge hat sich die Situation seit Dezember nicht wesentlich verändert. Die Schwelprozesse sowie die Gasproduktion im Deponiekörper sind stabil. Die Geruchsparameter Schwefelwasserstoff, Methylthiophen und weitere Alkylthiophene wurden beim Screening erneut gefunden. Die Immissionsmessungen im Deponiebereich belegen, dass keine Gefährdung für die Nachbarschaft besteht. Nach Angaben des Gutachters sind bis Juli 2011 keine Beschwerden eingegangen.

Regelmäßige Begehungen der Halde und das Abdichten von Rissen zur Reduzierung gelegentlich auftretender Geruchsbelästigungen werden weiterhin durchgeführt.

Das große Messprogramm soll im November 2011 durchgeführt werden. Die Vorlage des Berichtes ist für Dezember 2011 vorgesehen. Der Ausschuss wird auch zukünftig zeitnah informiert.




11/10



Legende

- Mittelspannung und Steuerkabel
- Mittelspannung
- Niederspannung
- Beleuchtungskabel
- 1. Bauabschnitt Los 1
- 2. Bauabschnitt Los 2
- 3. Bauabschnitt Los 3

Blatt	4. Lageplan	5. Lageplan	6. Lageplan	7. Lageplan	8. Lageplan	9. Lageplan	10. Lageplan

EWV
EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH

IQ
Ingenieurgesellschaft Qualifigra mbH
 Ing.-Büro
 10117 Berlin, Kottbuscher Damm 100
 Tel. +49 30 25 12 22 22
 Fax +49 30 25 12 22 23
 www.ing-qualifigra.de

Projekt		Herstellen einer Leitungsstrasse für Nieder- und Mittelspannung in Stolberg Breinig	
Planart	Übersichtsplan	Planungsart	Ausführungsplanung Versorgungsnetz
Projekt-Nr.	2011-03-33	Blatt-Nr.	SL-SA-U02
Datum	12. Sept. 2011	Revisor	K. Rosenbohm
Format	90x1170 mm	Datenummer	11-03-33_001
		Maßstab	1 : 5.000
		Gestaltung	R. Pfeifer

